



Baden-Württemberg

LANDESKARTELLBEHÖRDE BADEN-WÜRTTEMBERG
beim MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND WOHNUNGSBAU

Datenschutzerklärung

Die Landeskartellbehörde nimmt den Schutz personenbezogener Daten sehr ernst. Sie hat technische und organisatorische Maßnahmen getroffen, die sicherstellen, dass die Vorschriften über den Datenschutz beachtet werden.

Nähere Informationen wie die verantwortliche Stelle und der Datenschutzbeauftragte kontaktiert werden kann, welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage erhoben werden und welche Rechte Betroffener in Bezug auf die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bestehen, können dieser Datenschutzerklärung entnommen werden.

Verantwortlicher und Datenschutzbeauftragter

Verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist die Landeskartellbehörde
beim Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg
Postfach 10 01 41
70001 Stuttgart
Telefon (Zentrale): 0711-123-0
landeskartellbehoerde@wm.bwl.de

Der behördliche Beauftragte für den Datenschutz ist erreichbar unter
datenschutz@wm.bwl.de

Zwecke der Verarbeitung

Die Landeskartellbehörde verarbeitet bei der Wahrnehmung der ihr gesetzlich übertragenen Aufgaben personenbezogene Daten. Zu ihren öffentlichen Aufgaben gehören insbesondere die folgenden Teilbereiche:

- Durchsetzung des in § 1 GWB normierten Kartellverbotes
- Prüfung der Freistellungsmöglichkeit vom Kartellverbot (§§ 2 und 3 GWB)

- Durchführung der Missbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen bezogen auf die Gestaltung von Preisen und Konditionen
- Durchsetzung des kartellrechtlichen Verbotes der Diskriminierung und unbilligen Behinderung von Wettbewerbern durch marktbeherrschende und marktstarke Unternehmen
- Durchsetzung des Boykottverbotes
- Verfolgung von Submissionsabsprachen
- Führen von Bußgeldverfahren wegen Verletzung des GWB

Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Die Landeskartellbehörde verarbeitet personenbezogene Daten unter Beachtung der Bestimmungen der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) und des Landesdatenschutzgesetzes (LDSG).

Die vorrangige Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 lit. e bzw. Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.

Daneben können ggf. die gesonderten Einwilligungen gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. a, Art. 7 DSGVO als datenschutzrechtliche Erlaubnisvorschrift herangezogen werden.

Empfängerkategorien

Bei der Wahrnehmung ihrer öffentlichen Aufgaben übermittelt die Landeskartellbehörde personenbezogene Daten an andere öffentliche Stellen des Bundes oder der Länder sowie an Betroffene und deren Rechtsvertreter. Dabei wird stets geprüft, ob eine Übermittlung zulässig ist.

Speicherdauer

Die bei uns gespeicherten Daten werden gelöscht, sobald sie für ihre Zweckbestimmung nicht mehr erforderlich sind und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Durch ein Löschkonzept mit regelmäßigen Prüfungen der Datenbestände wird die Löschung der Daten sichergestellt.

Rechte von Betroffenen außerhalb von Bußgeldverfahren

Im Rahmen der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ist die Landeskartellbehörde verantwortlich für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten. Den Betroffenen stehen daher folgende Rechte aus der DSGVO zur Verfügung:

a) Recht auf Auskunft, Art. 15 DSGVO

Mit dem Recht auf Auskunft erhalten Betroffene eine umfassende Einsicht in die sie angehenden Daten und einige andere wichtige Kriterien wie beispielsweise die Verarbeitungszwecke oder die Dauer der Speicherung. Es gelten die in § 9 LDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

b) Recht auf Berichtigung, Art. 16 DSGVO

Das Recht auf Berichtigung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, unrichtige ihn angehende personenbezogene Daten korrigieren zu lassen.

c) Recht auf Löschung, Art. 17 DSGVO

Das Recht auf Löschung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, Daten beim Verantwortlichen löschen zu lassen. Dies ist allerdings nur dann möglich, wenn die sie angehenden personenbezogenen Daten nicht mehr notwendig sind, rechtswidrig verarbeitet werden oder eine diesbezügliche Einwilligung widerrufen wurde. Es gelten die in § 10 LDSG geregelten Ausnahmen von diesem Recht.

d) Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, Art. 18 DSGVO

Das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, eine weitere Verarbeitung der sie angehenden personenbezogenen Daten vorerst zu verhindern. Eine Einschränkung tritt vor allem in der Prüfungsphase anderer Rechtswahrnehmungen durch die Betroffenen ein.

e) Recht auf Datenübertragbarkeit, Art. 20 DSGVO

Das Recht auf Datenübertragbarkeit beinhaltet die Möglichkeit für Betroffene, die sie angehenden personenbezogenen Daten in einem gängigen, maschinenlesbaren Format vom Verantwortlichen zu erhalten, um sie ggf. an einen anderen Verantwortlichen weiterleiten zu lassen. Gemäß Art. 20 Abs. 3 Satz 2 DSGVO steht dieses Recht aber dann nicht zur Verfügung, wenn die Datenverarbeitung der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben dient.

f) Recht auf Widerspruch, Art. 21 DSGVO

Verarbeiten wir Ihre Daten auf der Grundlage von § 4 LDSG i. V. m. Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e DS-GVO, können Sie dieser Verarbeitung aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, widersprechen. Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten

überwiegen oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist zu richten an:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Schlossplatz 4, Neues Schloss

70173 Stuttgart

poststelle@wm.bwl.de

g) Recht auf Widerruf, Art. 7 DSGVO

Sofern die Verarbeitung von Daten auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung nicht berührt.

Der Widerruf ist zu richten an:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Schlossplatz 4, Neues Schloss

70173 Stuttgart

poststelle@wm.bwl.de

Beschwerderecht

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an folgende Stellen zu wenden:

1. Behördlicher Datenschutzbeauftragter

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Baden-Württemberg

Schlossplatz 4, Neues Schloss, 70173 Stuttgart

datenschutz@wm.bwl.de

2. Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg

Königstrasse 10 a

70173 Stuttgart

Tel.: 0711/615541-0

FAX: 0711/615541-15

poststelle@lfdi.bwl.de

Werden Ihre Daten in ein Drittland übermittelt?

Eine Datenübermittlung an Dritte außerhalb des Geltungsbereichs der DSGVO findet nicht statt.

Inwieweit finden automatisierte Einzelfallentscheidungen oder Maßnahmen zum Profiling statt?

Die Landeskartellbehörde nutzt keine rein automatisierten Verarbeitungsprozesse zur Herbeiführung einer Entscheidung.

Homepage der Landeskartellbehörde

Für den Internetauftritt der Landeskartellbehörde gilt ergänzend die Datenschutzerklärung für das Online-Angebot des Wirtschaftsministeriums:

<https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/header-und-footer/datenschutz/>